



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Raumentwicklung ARE



BPUK DTAP DCPA

Schweizerische Bau-, Planungs- und
Umweltdirektoren-Konferenz

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere



Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri



RIO+20
United Nations
Conference on
Sustainable
Development

Forum Nachhaltige Entwicklung 1.12
Dialog Nachhaltige Entwicklung Schweiz 2012

In Richtung einer nachhaltigen Wirtschaft – Welche Synergien zwischen öffentlichen und privaten Akteuren?

Protokoll

Ort: Kongresszentrum Kursaal Bern, 03.05.2012

Inhalt

Rio+20, Bilanz und Perspektiven in der Schweiz (Maria Lezzi, Direktorin Bundesamt für Raumentwicklung ARE)	2
Wallis, Land des Möglichen (Jean-Michel Cina, Regierungsrat, Kanton Wallis)	3
Das Rad der Wirtschaft dreht sich (Kaspar Müller, Ökonom, Experte für nachhaltige Strategien, Präsident ethos)	4
Gesamtstrategie für die Entwicklung und die Wirtschaftsförderung von Delémont und der Agglomeration: Beiträge zur Nachhaltigen Entwicklung (Pierre Kohler, Stadtpräsident und Präsident der Agglomeration Delémont)	5
Nachhaltig produzieren (Kurt Schär, Geschäftsführer Biketec AG «FLYER»)	6
NGOs als treibende Kraft der Nachhaltigen Entwicklung und für die Einhaltung der Menschenrechte (Chantal Peyrer, Verantwortliche für Entwicklungspolitik, Brot für alle)	6
Wachstum bei erschöpfbaren Ressourcen (Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, Direktorin Staatssekretariat für Wirtschaft SECO)	7
Wirtschaft und Nachhaltige Entwicklung in einer globalisierten Welt (Daniel Binswanger, Journalist, Das Magazin)	8

Maria Lezzi, Direktorin Bundesamt für Raumentwicklung ARE

Rio+20, Bilanz und Perspektiven in der Schweiz

Maria Lezzi eröffnet die Tagung mit dem Hinweis, dass es sich um eine gemeinsame Veranstaltung *Dialog Nachhaltige Entwicklung Schweiz* und *Forum Nachhaltige Entwicklung* handelt, dies zum Anlass der UNO-Konferenz über Nachhaltige Entwicklung (Rio+20), welche in Rio de Janeiro vom 20. bis 22. Juni 2012 stattfindet. Ziel dieser Konferenz ist die Erneuerung des internationalen Engagements für eine Nachhaltige Entwicklung, inhaltliche Hauptthemen sind die «grüne Wirtschaft im Kontext der Nachhaltigen Entwicklung und der Armutsbekämpfung» sowie die Reform der für Nachhaltigkeit und Umwelt zuständigen UNO-Institutionen.

Maria Lezzi betont, der Schweizer Bundesrat verstehe die «grüne Wirtschaft» als Teilbereich der breiter gefassten und übergeordneten Nachhaltigen Entwicklung, weshalb parallele Umsetzungsstrukturen zu vermeiden sind. Auch die UNO sei bestrebt, einheitliche institutionelle Regelungen zur Umsetzung beider Anliegen zu beauftragen. In vielen Bereichen enthalte die «grüne Wirtschaft» inhaltlich zwar kaum neue Ideen, verdeutliche aber die Schnittstelle zwischen Umwelt und Wirtschaft.

Die vom Bundesrat am 25. Januar 2012 verabschiedete Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012-2015 ist heute ein Teil der Legislaturplanung, fährt sie fort, womit die Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz institutionell entscheidend gestärkt ist. Das Dokument fokussiere auf den Handlungsbereich des Bundes, diene aber auch den Kantonen, Regionen, Gemeinden, NGOs und Unternehmen als wichtiger Referenzrahmen und Orientierungspunkt betreffend Leitlinien, Schlüsselherausforderungen und Massnahmen.

Darüber hinaus werde auch Bilanz zur Umsetzung der Nachhaltigkeitspolitik seit Rio 1992 gezogen, unter anderem anhand der Entwicklung der MONET-Indikatoren, welche klar aufzeigen, dass in vielen Teilbereichen deutliche Fortschritte erzielt werden konnten, dies sowohl auf der institutionellen Ebene wie im Bereich der Massnahmen. Dennoch sind auch gegenläufige Trends festzustellen, fährt Maria Lezzi fort, z.B. sei der Gesamtenergieverbrauch trotz gesteigerter Energieeffizienz angestiegen. In absoluter Hinsicht sei die Schweiz demnach noch weit von einer Nachhaltigen Entwicklung entfernt, wie der ökologische Fussabdruck aufzeigt. Der Aktionsplan der Strategie Nachhaltige Entwicklung führe für verschiedenen Schlüsselherausforderungen zahlreiche, für den wirtschaftlichen Bereich bedeutsame Massnahmen auf. Das ARE unterstütze ebenfalls die lokalen Nachhaltigkeitsprozesse und -projekte mittels einer Prozessdatenbank, dem Förderprogramm, (welches zur Zeit speziell auf die Rio-Themen ausgerichtet ist) und mit neuen Publikationen im Bereich Wirtschaft (Tourismus und Nachhaltige Entwicklung; Wirtschaftsförderung und Nachhaltige Entwicklung).

Maria Lezzi beendet ihren Beitrag mit der Benennung der Ziele der Tagung, nämlich Erfahrungsaustausch und Vernetzung zwischen öffentlichen Akteuren, der Privatwirtschaft und Vertretern der Zivilgesellschaft. Sie schliesst ihr Ausführungen mit den Worten ab: «...man sollte in die Richtung einer nachhaltigen Wirtschaft denken und über eine «grüne Wirtschaft» hinaus gehen». (Siehe Anhang 1)

Jean-Michel Cina, Staatsrat, Kanton Wallis

Wallis, Land des Möglichen

Zum Einstieg betont Jean-Michel Cina, dass sich der Kanton Wallis entgegen hartnäckigen Klischees bereits seit mehreren Jahren für die Nachhaltige Entwicklung einsetzt. Allerdings erfordert der Paradigmenwechsel in der Wirtschafts-, Tourismus- und Raumentwicklung eine gewisse Zeit, da die Akteure (Gemeinden, Unternehmensführer, Grundeigentümer usw.) von der Richtigkeit der gewählten Marschrichtung überzeugt werden müssen. Die Volksabstimmung über die Zweitwohnungsinitiative war ein herber Schlag, denn das Ergebnis stellte die Glaubwürdigkeit des Wallis in Sachen Nachhaltige Entwicklung in Frage.

Das Engagement von Jean-Michel Cina zugunsten der Nachhaltigen Entwicklung reicht bis in seine Zeit als Gemeindepräsident von Salgesch in den 1990er-Jahren zurück. Er erinnert daran, dass der Kanton Wallis bereits 1998 eine Agenda 21 eingeführt hat. Zu den Schwerpunkten des Kantons Wallis im Hinblick auf die Nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Raumplanung, Wirtschaft und Tourismus gehören unter anderem:

- Raumplanung: 3. Rhonekorrektur, Autobahnprojekt, Eisenbahnprojekte, Begrenzen der Zersiedelung usw.
- Wirtschaftsstruktur: Konzentration von Aktivitäten, Zusammenarbeit mit Hochschulen, Förderung der Industrieökologie usw.
- Tourismus: Veränderung der Beherbergungsstruktur (Weiterentwicklung der Hotellerie, Gespräche über eine Mietergenossenschaft in Crans-Montana, Projekt einer Zweitwohnungssteuer usw.), Zertifizierung «Valais Excellence» usw.
- Landwirtschaft: Schutz von Landwirtschaftsflächen, Nutzung pflanzlicher Ressourcen, Unterstützung und Förderung des Agrotourismus, Zertifizierungen usw.
- Energie: Anpassung der Bauvorschriften für mehr Energieeffizienz, Förderung erneuerbarer Energien, Erhöhung der Stromproduktion aus Wasserkraft usw.

Jean-Michel Cina betont, dass die Wirtschaftspolitik des Kantons Wallis sehr wohl auf Qualität und Exzellenz sowie auf konkrete Aktionen und innovative Projekte ausgerichtet ist. Allerdings ist der Staat in Sachen Nachhaltige Entwicklung nicht allmächtig: Es braucht öffentlich-private Partnerschaften, ein längst nicht selbstverständliches Engagement der Gemeinden und Unternehmen, einen in der Bevölkerung verankerten Willen und die Bereitschaft des Einzelnen, im Alltag zu handeln. Der Kanton Wallis geht den Weg der Nachhaltigen Entwicklung entschlossen weiter. Aber die damit verbundenen Veränderungen lassen sich nicht von heute auf morgen bewerkstelligen. Jean-Michel Cina schliesst mit dem Appell: «Geben Sie uns die nötige Zeit!». (Siehe Anhang 2)

Kaspar Müller, Ökonom, Experte für nachhaltige Strategien, Präsident ethos

Das Rad der Wirtschaft dreht sich

Kaspar Müller beginnt sein Referat mit Erlebnissen als Mitarbeiter der Bank Sarasin in den 1980er Jahren, wonach – gemäss der Regel «buy on bad news» – Investoren von Katastrophen profitieren wollen, indem sie bei Tiefständen an der Börse Aktien in der Hoffnung auf Wertsteigerungen kaufen. Dieses Handeln negiere aber die häufig gegebene Dualität von Täter- und Opferrolle, das heisst, dass vermeintliche Profiteure auch von Katastrophen betroffen sein können. Häufig gelingt allerdings den Profiteuren, Kosten auf Dritte oder den Staat abzuwälzen. Ein Beispiel dafür ist die Altlastenproblematik. Müller unterstreicht, dass wir in der Vergangenheit durch systematische Kostenabwälzungen in die Zukunft oder ins Ausland über unsere Verhältnisse gelebt haben. Künftig sollte in der Wirtschaft viel mehr im Gesamtzusammenhang betrachtet werden, die Vernetzungen und Wirkungszusammenhänge seien stärker zu beachten, Kostenexternalisierung zu vermeiden. Dieses Denken sollte ganz besonders an den Finanzmärkten vermehrt Einzug erhalten. Investoren sollten heute sehr genau darauf achten, welche Auswirkungen eine Investition über alle Wirkungsketten auslöst. Dabei spielt die Ethik eine grosse Rolle, was aber auch bedeutet – da nicht alle Menschen die gleichen Wertvorstellungen haben – dass es nicht allgemeingültige Rezepte für ethisches oder nachhaltiges Investieren gibt («Den neutralen Investor wird es nie geben»). Kaspar Müller verweist ferner auf einige grundsätzliche Fragwürdigkeiten der Finanzmärkte, etwa die trotz der «Too big to fail» - Diskussion seiner Ansicht nach noch viel zu tiefen Eigenkapitalquoten der Banken, wodurch grundlegende Voraussetzungen nachhaltigen wirtschaftlichen Handels in Frage gestellt würden. Er nimmt anschliessend Bezug auf die neue Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012 – 2015 des Bundesrates und erläutert Relevanz und Bezüge zur Wirtschaft. Er findet die Strategie und deren Grundsätze sehr wichtig und relevant. Für die Wirtschaft bedeute dies beispielsweise, dass die Nachhaltigkeitsberichterstattung für börsenkotierte Unternehmen verbindlich werden sollte und lokal-globale Wechselwirkungen – er verweist auf den Rohstoff- / Bergbausektor und die Problematik des Bankgeheimnisses / Steuerhinterziehung – viel stärker als in der Vergangenheit berücksichtigt werden sollten. Schliesslich unterstreicht er noch einmal die grosse Hebelwirkung, die Finanzmarktinvestitionen haben, und ruft alle auf, Einfluss darauf zu nehmen, wie ihre Vorsorgegelder eingesetzt werden, und eigene finanzielle Ressourcen nach ethischen Grundsätzen einzusetzen. (Siehe Anhang 3)

Pierre Kohler, Stadtpräsident und Präsident der Agglomeration Delémont

Gesamtstrategie für die Entwicklung und die Wirtschaftsförderung von Delémont und der Agglomeration – Beiträge zur Nachhaltigen Entwicklung

Pierre Kohler präsentiert das vom Kanton Jura und der Stadt Delémont und der Agglomeration gemeinsam erarbeitete Gewerbe- und Industriekonzept und die zur Sicherung einer Nachhaltigen Entwicklung eingesetzten Instrumente am Beispiel der beiden Zonen «Communance» und «Innodel».

Delémont 2020 heisst die Gesamt-Zukunftsstrategie und sie enthält Massnahmen aus verschiedenen Politikbereichen. Mit einer guten Mobilitätsinfrastruktur und mit beschleunigten Verfahren können sich die Unternehmen in den dafür vorgesehenen Zonen (gemäss Richtplan mit integrierter Umweltanalyse) und nach den Kriterien der NE niederlassen und arbeiten.

Die hohe Anforderungen setzenden NE-Kriterien verlangen von den Unternehmen unter anderem den haushälterischen Umgang mit Boden und einen Mobilitätsplan sowie das Fördern von erneuerbaren Energien sowie hohe Standards im sozialen Bereich. Die Höhe der Beiträge zur Wirtschaftshilfe hängt konsequenterweise vom Ausmass des unternehmerischen Engagements für die NE ab, zeigt Kohler. Die Zusammenarbeit des Kantons und der Stadt könne ebenso auf raumplanerischer Ebene wie in Energiefragen in Form von Partnerschaftsverträgen festgelegt werden. Um die Energiewende zu schaffen, entstand in langer Zusammenarbeit mit der EPFL und HEIG-VD das Photovoltaikkonzept, und der erklärte Atomstromgegner Kohler schätzt die Leistung der Windkraftanlage im Windpark Delémont mit insgesamt 18 geplanten Windrädern sehr hoch ein. Die erneuerbaren Energiequellen wären schon heute standortrelevant für jeden Wirtschaftsstandort in der Schweiz.

Mit einer aktiven Boden- und Wohnpolitik hat Delémont ebenfalls ein sogenanntes Ökoquartier im Rahmen des Bundesprogrammes Nachhaltige Quartierentwicklung in Planung, welches schwergewichtig im sozialen und Kulturbereich für eine gute Durchmischung und hohe Wohnqualität sorgt. Als Fazit schliesst Kohler seine Ausführungen: Wenn die Stadt ihre politischen Absichten deutlich mache, ihre Vorbildfunktion ernst nimmt und die Initiative für Verhandlungen und Lösungssuche mit den Wirtschaftskreisen ergreife, so laufe die städtische «...Projektförderung ... im Dienste der Nachhaltigen Entwicklung». (Siehe Anhang 4)

Kurt Schär, Biketec AG, «FLYER»

Nachhaltig produzieren

Kurt Schär erzählt, wie sich aus dem simplen Bedürfnis eines Mitarbeiters, zuhause im Emmental auf einem Hügel zu Mittag essen zu können, die Geschäftsidee entwickelte, Fahrräder mit einem elektrischen Motor auszustatten. Obwohl die erste Generation der Flyer in den 1990er Jahren aus verschiedenen Gründen eine Bruchlandung für das Unternehmen im Markt bedeutete, konnte in einer nächsten Geschäftsphase der Flyer marktgerecht hergestellt werden, und in Partnerschaft mit Tourismusunternehmen sei ein grosser Absatzmarkt in der Schweiz, in Deutschland und in Österreich entstanden. In einer weiteren Produktionsphase sind verschiedene Modelle entwickelt und verkauft worden, führt er weiter aus.

Das Unternehmen ist in zehn Jahren von sechs Mitarbeiter/innen auf 160 angestiegen, von jährlich 850 produzierten Fahrrädern auf 55'000 mit einem Exportanteil von über 50% gewachsen. Schär betrachtet die Nachhaltige Entwicklung als Geschäftschance und zeigt am Beispiel des Flyer-Werks in Huttwil, dass Investitionen in das Gebäude wie die Anwendung des Minergie-Standards, Erdsonden-Wärmepumpe, Sonnenkollektoren, Regenwasserfassung etc. keine Mehrkosten, sondern einen Mehrwert bedeuten. Heute empfängt das Unternehmen jährlich ca. 18'000 Besucher/innen, die nicht nur die Produktion der Flyer, sondern auch die Gebäudebesichtigung als Event erleben. Schliesslich habe sich die energieeffiziente Mobilität mit Flyern sowohl mit Partnerschaften im Tourismussektor und zahlreichen anderen sozialen und Privatfirmen (Lieferdienste) und auch bei Privatkunden durchsetzen können. (Siehe Anhang 5)

Chantal Peyer, Verantwortliche für Entwicklungspolitik, Brot für alle

NGOs als treibende Kraft der Nachhaltigen Entwicklung und für die Einhaltung der Menschenrechte

Die globale Dimension einer Wirtschaft, die auf den Grundsätzen der Nachhaltigen Entwicklung aufbaut, ist nach Überzeugung von Chantal Peyer von herausragender Bedeutung. Dies gilt insbesondere auch für die Schweiz, und zwar insofern, als die Mehrheit der hierzulande verkauften Konsumgüter aus dem Ausland stammt und zahlreiche multinationale Unternehmen ihren Sitz in der Schweiz haben, während in den Herstellerländern die Rechte der Arbeitnehmenden und die Menschenrechte allzu oft nicht eingehalten werden.

Um diese Situation zu ändern, müssen laut Chantal Peyer vier Stossrichtungen verfolgt werden:

- der Staat als Vorbild (öffentliche Beschaffung): Ein Beispiel dafür ist die Partnerschaft der Westschweizer Kantone in Sachen Informatikbeschaffung (partenariat des achats informatiques romands PAIR). Diese wenden beim Einkauf Nachhaltigkeitskriterien an (die Schlussbewertung im Hinblick auf die Auftragsvergabe stützt sich zu 20 % auf die Corporate Social Responsibility (CSR) und auf Umweltkriterien);
- eine Nachfrage seitens der Bürgerinnen und Bürger nach nachhaltig produzierten Gütern;

- den Dialog mit den Produzenten (z. B. Fair Wear Foundation);
- strenge, vom Staat vorgegebene Rahmenbedingungen (Gesetz und Verordnung über die öffentliche Beschaffung).

Die NGOs können diese Veränderungen begünstigen, und zwar:

- über die Sensibilisierung und Information der Konsumentinnen und Konsumenten, der politischen Entscheidungsträger und der Unternehmen;
- durch die Ermutigung der Unternehmen, eine Politik der Nachhaltigen Entwicklung einschliesslich der Corporate Social Responsibility (CSR) zu verfolgen;
- durch die Unterstützung bei der Umsetzung neuer Initiativen.

(Siehe Anhang 6)

Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, Direktorin Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Wachstum bei erschöpfbaren Ressourcen

Frau Staatssekretärin Ineichen-Fleisch beginnt ihre Rede mit der Feststellung, begrenzte natürliche Ressourcen könnten künftig das wirtschaftliche Wachstum beschränken und die Zivilisation bei Überschreiten kritischer Grenzen unter Umständen sogar gefährden. Stichworte sind Treibhausgasemissionen, abnehmende Biodiversität und die rasante Zunahme des Rohstoffverbrauchs. Im Spannungsfeld der Unsicherheiten erlangten die Themen «Green Growth» und «Green Economy» im Jahr 2008 unter dem Eindruck der Rohstoffpreishausse und im Zuge der anschliessenden Finanz- und Wirtschaftskrise in verschiedenen internationalen Organisationen eine überragende Bedeutung, fährt sie fort. Heute erfordere die Finanzierung der Staatsaufgaben der kommenden Jahre und Jahrzehnte in den meisten entwickelten Ländern anhaltendes Wachstum. Eine Grüne Wirtschaft sollte demnach dieses umweltverträgliche Wachstum ermöglichen. Langfristig sei die Nahrungsmittelproduktion darauf angewiesen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen (fruchtbarer Boden, stabile Atmosphäre, saubere Gewässer, etc.) erhalten bleiben. Übersteige der Verbrauch natürlicher Ressourcen deren Regenerationsfähigkeit, kommt es zu negativen Umweltauswirkungen wie dem Verlust an biologischer Vielfalt und Lebensräumen. Abnehmende Bodenfruchtbarkeit oder schrumpfende Fischbestände durch Übernutzung gefährdeten ganze Ökosysteme und können negativ auf die Wirtschaftsleistung zurückschlagen. Die oberste Maxime sei deshalb, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen.

Die Schweiz ist bei Metallen und mineralischen Rohstoffen massgeblich von Importen abhängig. Eine Diversifizierung der Versorgung durch Rückgewinnung aus Rohstoffabfällen und Schaffung von Sekundärkreisläufen könne erheblich zu einer besseren Versorgungssicherheit beitragen, führt Staatssekretärin Ineichen-Fleisch aus.

Die langfristig gangbaren Handlungsalternativen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung liegen weniger in der Ausweitung des Angebots fossiler Energien, sondern – neben der effizienteren Nutzung – in deren Substitution, d.h. im Ausweichen auf erneuerbare Energien, fährt sie fort. Denn die Wachstumsgrenze werde hier viel mehr durch den Erhalt der Klimastabilität, als durch die Knappheit der Lagerstätte gesetzt. Der Einsatz erneuerbarer Energien verbessere denn auch nicht nur die Versorgungssicherheit; die meisten von ihnen würden auch eine sehr gute CO²-Bilanz haben. Umgesetzt werden könne die Grüne Wirtschaft primär indem den natürlichen Lebensgrundlagen der richtige Preis gegeben werde. Schliesslich wären günstige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, die Wettbewerb erleichtern und Marktzugangsschranken im Binnenmarkt wie auch im Export und Import abbauen, eine Grundvoraussetzung für eine allgemein hohe Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, unterstreicht die Staatssekretärin abschliessend.

Daniel Binswanger, Journalist, Das Magazin

Wirtschaft und Nachhaltige Entwicklung in einer globalisierten Welt

Daniel Binswanger eröffnet seine Rede mit der Bemerkung, wie wichtig die Strategie Nachhaltige Entwicklung des Bundesrates und deren Leitlinien für ein qualitatives Wachstum in der Schweiz sind, und er betont den Nutzen der darin enthaltenen Messmethode MONET. Er stellt jedoch fest, dass die Strategie NE in Konkurrenz zu vielen Dossiers und weiteren Strategien des Bundesrates steht, beispielsweise zur Energiestrategie 2050. Hier bemängelt er die Kommunikationsfähigkeit der Verantwortlichen und auch der Medien, welche Themen wie die Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Energieverbrauch oder die ökologische Steuerreform nicht im Rahmen ebendieser Nachhaltigkeitspolitik zu diskutieren vermögen. An den Beispielen der zunehmenden Anzahl Firmen mit Sitz in der Schweiz, die beispielsweise im globalen Rohstoffhandel tätig sind, oder der durch tiefe Unternehmenssteuern angezogenen Holdingsitze thematisiert er den erheblichen Verlust an Steuersubstrat in den Herkunftsländern und die vergleichsweise geringen Einnahmen in der Schweiz, welche wiederum im Widerspruch zur Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes stehen und grosses Konfliktpotential bergen. Gerade in Zeiten der Schuldenkrise müsse vermehrt daran gearbeitet werden, die eklatanten Widersprüche politischer Absichten und wirtschaftlichen Handelns aufzuzeigen und zu diskutieren, um zumindest auf europäischer Ebene Lösungen zur Überwindung derselben zu finden.